

# Beilage 1088/2014 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

---

## **Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend eine starke und umweltfreundliche Industrie in Europa**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der österreichischen Bundesregierung für eine Weiterentwicklung der Klimapolitik mit folgenden Grundzielen einzusetzen:

1. Umwelt- und klimafreundliche industrielle Produktion in Europa schützt das Weltklima gegen klimaschädliche Produktion an Produktionsstandorten mit geringeren Anforderungen.
2. Klimapolitik hat die absolute Verringerung und nicht die räumliche Verlagerung von Emissionen auf andere Produktionsstandorte zu bewirken.
3. Besonders umweltfreundliche Produktionsmethoden sind gegenüber klimaschädlicheren Produktionsmethoden zu fördern, um positive unternehmerische Anreize im Sinne des Weltklimas zu bewirken.
4. Umwelt- und klimafreundliche Innovationen sind zu fördern.

### **Begründung**

Die Leiter großer Wirtschaftsunternehmen warnen vehement vor den Folgen überhöhter Öko-Zusatzkosten für die Industrie in Oberösterreich. Wenn ergänzend zu möglichst umweltfreundlichen Produktionsmethoden auch überhöhte Zusatzkosten für Klima- und Energieabgaben kommen, dann droht eine Absiedelung in Länder mit geringeren Öko-Kosten und niedrigeren Anforderungen an Produktionsstandards. Eine solche Entwicklung wäre nicht nur für die arbeitenden Menschen in Oberösterreich, sondern auch für das Weltklima grob nachteilig.

Klima-, Energie- und Industriepolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine umfassende Gesamtstrategie, die eine abgestimmte und koordinierte Vorgangsweise vorsieht, kann die aktuellen Herausforderungen sozial und umweltgerecht bewältigen. Würden hingegen die einzelnen Politiken voneinander losgelöst oder einander untergeordnet, dann könnte das zu großen Nachteilen für die gesamte Gesellschaft führen.

Auch die österreichischen Sozialpartner (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Landwirtschaftskammer) und die Industriellenvereinigung bekennen sich zu den klima- und energiepolitischen Zielen der Europäischen Union. Sie fordern jedoch ein, dass durch den Umbau hin zu umweltfreundlicheren Energieformen weder das Wirtschaftswachstum noch die Beschäftigung in Österreich gefährdet werden darf.

Österreich zählt im EU-Vergleich zu den starken Industrieländern. So hat laut Statistik Austria das verarbeitende Gewerbe in Österreich im Jahr 2012 einen Gesamtanteil von 18,2 Prozent an der Bruttowertschöpfung ausgemacht. In Oberösterreich ist das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 29,1 Prozent an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 anteilig sogar noch größer. Umso wichtiger und wesentlicher sind die Auswirkungen der europäischen Klima-, Energie- und Industriepolitik auf die ArbeitnehmerInnen in Oberösterreich.

Im Industriestrukturbericht 2013 der Europäischen Kommission wird hingegen dargestellt, dass das verarbeitende Gewerbe im europäischen Durchschnitt nur 15 Prozent der Wertschöpfung innerhalb der EU im Jahr 2012 bewirkt hat. Bis zum Jahr 2020 soll dieser Anteil auf 20 Prozent gesteigert werden.

Der Weg zu dieser Steigerung muss aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten in einer umwelt-, innovations- und beschäftigungsfreundlichen Form gestaltet werden. Konkret sollen umweltfreundlichere Produktionsformen auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, um Unternehmen verstärkt zu entsprechenden Investitionen zu motivieren. Gleichzeitig würden dadurch jene Unternehmen gestärkt, die schon bislang auf möglichst umweltfreundliche Weise produzieren. Klima- und umweltfreundliche Produktion soll demnach zum sachlich begründeten Wettbewerbsvorteil werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind gegen die Verdrängung industrieller Produktion aus Europa in Länder mit geringeren Öko-Standards. Negative Folgen für Umwelt und Weltklima durch zusätzliche Transportwege und entsprechend weniger umweltfreundliche Produktionsformen wären die Folge. Deshalb soll vom bisherigen System der summarischen Emissionsbesteuerung auf ein Benchmark-System gewechselt werden. Die sauberste Produktionsform soll dabei keine zusätzlichen Umweltkosten nach sich ziehen. Je mehr Emissionen ein Unternehmen im Vergleich zum Benchmark-Führer der Branche benötigt, desto höher sollen die Umweltkosten sein. Auf diese Weise würde die wirtschaftliche Motivation für Öko-Investitionen gefördert. Gleichzeitig würde für umweltfreundliche Unternehmungen der Standort Europa weiter aufgewertet und abgesichert. Die Gefahr der Abwanderung aufgrund einer wettbewerbsverzerrenden Umweltbesteuerung könnte deutlich reduziert werden.

Linz, am 7. April 2014

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Schaller, Müllner, Affenzeller, Makor, Bauer, Röper-Kelmayr, Promberger, Peutlberger-Naderer, Pilsner, Eidenberger, Krenn, Weichsler-Hauer, Rippl**